

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 48. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 07.01.2014 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner	
Frau Christin Menzel	ab 17:39
Herr Klaus Hubrig	bis 17:38
Herr Michael Wolny	
Herr Erich Ertl	bis 17:38

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Frau Annett Thätner, Kataster- und Vermessungsamt, Amtsleiterin
Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin
Herr Eric Henning, Bauamt, Sachbearbeiter
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichtsbehörde, Amtsleiter
Frau Nadine Wache, Kämmerei, Sachgebietsleiterin
Frau Christiane Diehr, Kämmerei, Sachbearbeiterin

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Günter Stirnal
Herr Jörg Niendorf
Frau Gertrud Klatt

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger
Herr Hartmut Rex
Frau Alice Löning

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.11.2013
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Antrag zur Umstufung der Osdorfer Straße
- 7 Fortschreibung des BVWP 2015 – Aufnahme des Baues der westlichen Ortsumfahrung (OU) Trebbin im Zuge der B 246 in die Maßnahmenliste
- 8 Maßnahmen zum aktiven Schallschutz BER
- 9 Haushalt 2014

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Habermann begrüßt die Abgeordneten recht herzlich zur 48. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung und eröffnet die Sitzung. Er wünscht allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014.

Im letzten Ausschuss gab es Anfragen von Ludwigsfelder Mitgliedern, künftig diesen Ausschuss an einem anderen Tag durchzuführen. Zukünftig erfolgen jedoch die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung an einem anderen Tag, so dass die Herren Ertl und Hubrig nur heute noch mal die Sitzung eher verlassen müssen. Diesbezüglich sollte die heutige Tagesordnung so umgestellt werden, dass beide Mitglieder bei der Behandlung der Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 anwesend sind, um die Anträge in den nächsten Kreistag

einzubringen. Es gibt keine Fragen, Ergänzungen und Einwände. Somit wird die geänderte Reihenfolge der Tagesordnung genehmigt.

TOP 6

Antrag zur Umstufung der Osdorfer Straße

Herr Habermann erklärt, die Osdorfer Straße, die von Heinersdorf nach Lichterfelde verläuft, ist eine wichtige Zufahrt für Brandenburger nach Berlin und von Berlinern in das Land Brandenburg. Sie trägt wesentlich zur Entlastung der B 101 bei. Und da die Straße sehr schmal ist, erfüllt sie nicht die Bedingungen, die an eine Straße gestellt werden. Die Straße hat aber überregionale Verkehrsbedeutung. In der letzten Ausschusssitzung wurde klar und deutlich herausgearbeitet, dass durch die Herabstufung von Landesstraßen auf Kreisstraßen und von Kreisstraßen auf Gemeindestraßen sich für den Landkreis eine Art Nullsummenspiel ergibt. Das Land wird entlastet, während die Kommunen belastet werden. Um Gerechtigkeit einzubringen, wird gefordert, die Osdorfer Straße heraufzustufen. Diverse Bemühungen durch die Landrätin, Frau Wehlan, sowie durch den Beigeordneten, Herrn Gärtner, sind erfolgt. Zur Unterstützung dieser Bemühungen ist dieser Antrag durch den Ausschuss auf den Weg zu bringen.

Herr Gärtner gibt ergänzende Informationen. Nach der letzten Ausschusssitzung fand eine Sitzung der AG Süd des Kommunalen Nachbarschaftsforums (KNF) statt. Bei diesem Thema gab es lange Diskussionen, nicht nur bezüglich der Osdorfer Straße, sondern insgesamt das Problem der Schnittstelle Berlin-Brandenburg betreffend. Hier wurde entschieden, einen entsprechenden Untersuchungsauftrag herauszugeben. Dazu wurden durch die Geschäftsstelle des KNF alle Gemeinden und Berliner Bezirke angeschrieben, die ihre Probleme bezüglich des motorisierten Individualverkehrs melden sollten. Mit diesem Zahlenmaterial, konkreten Zahlen und zum Gesamtproblem – Pendler, Einpendler, Auspendler – soll nun Bewegung in die Sache gebracht werden. Deshalb begrüßt er, dass die Landrätin mit der Staatssekretärin dieses Thema bereits aufgegriffen hat und hofft auf die volle Unterstützung des Kreistages. Herr Gärtner begrüßt Frau Wehlan, die an diesem Ausschuss teilnimmt.

Herr Habermann entschuldigt sich für sein Versäumnis, die Landrätin, Frau Wehlan, zu begrüßen, und heißt Frau Wehlan im Nachhinein sehr herzlich willkommen.

Herr Habermann stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird einstimmig bestätigt. (5 Stimmen)

TOP 7

Fortschreibung des BVWP 2015 – Aufnahme des Baues der westlichen Ortsumfahrung (OU) Trebbin im Zuge der B 246 in die Maßnahmenliste

Herr Habermann äußert, dass die Anschlussbedingungen am Kreisverkehr der B 101 n so gestaltet sind, dass der Anschluss der Ortsumfahrung möglich ist. Besonders wichtig ist, eine Verbindung zwischen Verkehrslandeplatz Schönhagen und Flughafen Schönefeld zu schaffen, um Zeit einzusparen. Diese Verbindung ist notwendig, auch für die Anbindung und Entwicklung des Gewerbegebietes im westlichen Teil der Stadt Trebbin. Nicht einzusehen ist, dass im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) noch Maßnahmen enthalten sind, wie die Ortsumfahrung von Zossen. Diese Umfahrung war geplant, als Wünsdorf zu einem großen Verwaltungszentrum entwickelt werden sollte. Auch die Stadt Zossen will diese Maßnahme in keiner Weise unterstützen.

Herr Gärtner informiert über die Einweihung der Ortsumfahrung Luckenwalde der B 101 am 13.12.2013. Der Bundesstaatsekretär Odenwald hat in seiner Ansprache darauf

hingewiesen, dass die neue Bundestagsabgeordnete Frau Schimke einen Gesprächstermin u. a. auch zum BVWP vereinbart habe. Anschließend hatte Herr Gärtner Gelegenheit, in einem Gespräch mit Frau Schimke dieses Problem anzusprechen. Sie bat ihn, ihr entsprechendes Material zuzuschicken, was umgehend erfolgte. Leider gibt es noch keine Rückmeldung.

Herr Heller betont die Wichtigkeit, weil die B 246 Richtung Beelitz auch als Ausweichstrecke genutzt wird, wenn im Autobahnring Unfälle sind. Aus Trebbiner Sicht ist es sehr wichtig, den Verkehr vor der Stadt gleich auf die B 246 zu lenken.

Frau Wehlan informiert über ein bereits erfolgtes Gespräch mit der Staatssekretärin des MIL zur Osdorfer Straße. In dieser Problematik erweist sich das Land als sehr zurückhaltend, soll uns aber nicht daran hindern, weiter aktiv zu werden. Sie freut sich über Unterstützung aus dem politischen Raum, denn eine Petition nimmt einen ganz normalen Gang und hierzu müssen sich auch die Ministerien äußern.

Den Neujahrsempfang der CDU am 25.01.2014 werde sie nutzen, um Gesprächskontakte mit Frau Schimke, Herrn Petke und Frau Reiche zu knüpfen und sie in diese Thematik mit einbeziehen.

Herr Wolny äußert sich positiv, dass der Antrag überfraktionelle Unterstützung gefunden hat und bekräftigt, dass die Weiterentwicklung dieses Gebietes sowie die Umfahrung für den gewerblichen Bereich besonders notwendig sei.

Herr Habermann stellt auch diesen Antrag zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird einstimmig bestätigt. (5 Stimmen)

TOP 8

Maßnahmen zum aktiven Schallschutz BER

Herr Habermann führt aus, dass über diesen Antrag seit längerem diskutiert wird. Wichtig für ihn sei die fettgedruckte Einleitung dieses Antrages. Hier geht es genau um den aktiven Lärmschutz. Überfraktionell wurden die wichtigsten Punkte herausgearbeitet und zusammengefasst. Dann geht er die Punkte einzeln durch.

Die Punkte 1 bis 3 sind die wichtigsten Punkte, die nicht geändert werden sollten. Es ging ihm um einen nicht zu sehr ins Detail gehenden Antrag.

Der Antrag für den passiven Schallschutz wurde vom Kreistag mit einer Stimmenthaltung bestätigt, vom Landkreis Dahme-Spreewald wurde dieser Antrag einstimmig bestätigt.

Herr Habermann bittet um Wortmeldungen.

Frau Wehlan weist darauf hin, bei diesem Antrag, der „Maßnahmen für den aktiven Lärmschutz“ beschreibt, fällt ihrer Meinung nach der Punkt 8 aus der Reihe. Dieser Punkt betrifft Maßnahmen der weiteren Schallentwicklung auf Grund von Flugbewegungen/-verkehrsentwicklungen. Insofern bittet sie zu überlegen, ob der letzte Punkt gestrichen werden soll. Die Begründung bezieht sich auf die 560.000 Flugbewegungen. In einer großen Diskussion vor ca. 2 Jahren im parlamentarischen Raum, wurde eine Broschüre deshalb wieder zurückgezogen. Im ersten Punkt, Überschreitung der beantragten und genehmigten Kapazität von 360.000 Flugbewegungen/Jahr beim BER, bezieht man sich auf den Planfeststellungsbeschluss, das ist eine wirklich politische Aussage, die den Spannungsbogen umschreibt. Es wäre nicht gut, wenn an anderer Stelle unter Punkt 8 sich eine völlig andere politische Botschaft darstellt. Dazu sollte man sich in einem anderen Antrag verständigen, ihr sind andere Auffassungen bekannt. Damit verbunden sind auch andere Fragen, der volkswirtschaftlichen und auch der gesundheitlichen Entwicklung.

Herr Habermann dankt Frau Wehlan für ihre Äußerungen und ist damit einverstanden, diesen 8. Punkt zu streichen und einen neuen Antrag zu stellen.

Für **Herrn Wolny** sind die 360 000 Flugbewegungen die Kapazitätsgrenze. Es darf zu keiner Doppelbelastung kommen, die bei Parallelstarts in Blankenfelde-Mahlow aufkommen würden. Wenn das Volksbegehren „kein Nachtflug in der Zeit von 22 bis 6 Uhr“ nicht anerkannt wird, muss eine Planung für einen neuen Standort einsetzen. Der BER ist zwar flächenmäßig erweiterbar, sollte jedoch nicht vergrößert werden. Die anliegenden Gemeinden befinden sich bereits so dicht am Flughafen, wie bei keinem anderen. Deshalb ist die Regelung zum Nachtflugverbot unbedingt anzuerkennen. Bei einer Nichtanerkennung sollte es Konsequenzen geben, z. B. mit einem Antrag zur Kapazitätsausweitung (3. Start- und Landebahn). Dann sollte man sich Gedanken zu einer Planung für einen entsprechenden Standort machen, wo unbelastet Nachtflug möglich ist. Der Kreis sollte dazu einen Antrag an das Land stellen.

Herr Habermann erkundigt sich nach Einwänden gegen die Streichung des Punktes 8?

Herr Gärtner bemerkt, dass Herr Steinhausen, langjähriges ehemaliges Mitglied dieses Ausschusses diesen Antrag gern mitunterzeichnen würde.

Herr Habermann stellt auch diesen Antrag zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird einstimmig bestätigt. (5 Stimmen)

Dann erfolgt die übliche weitere Tagesordnung.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.11.2013

Herr Habermann bekundet nochmals seine persönliche Enttäuschung über das Scheitern der Vorlage Nr. 4-1616/13-KT zu Tempo 30 und Nachtfahrverbot für LKW auf der L 792 Blankenfelde-Mahlow innerorts. Seiner Meinung wird in diesem Ausschuss eine sachbezogene Beratung geführt. Von der Aussage in der MAZ „Ausschuss produziert Politikerverdrossenheit“ ist er persönlich sehr enttäuscht.

In der Niederschrift wurden die Äußerungen richtig wiedergegeben, gibt aber den Hinweis, dass ein Argument von Herrn Grosenick: „Jeder Verkehrsteilnehmer hat seine Fahrgeschwindigkeit den Straßen- und Sichtverhältnissen und seinen Fähigkeiten anzupassen.“, vom Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes falsch zitiert wurde. Dieser Satz bezieht sich eindeutig nur auf die Linienführung der Verkehrswege, und zwar auf Kurven mit den notwendigen Querneigungen auf Kuppen, Senken usw. Danach hat sich der Verkehrsteilnehmer zu richten. Hier ist aber die Linienführung in Ordnung. Nun steht ein Schild 60 km/h vor einem Straßenabschnitt, in welchem aufgrund des Straßenzustandes keine 60 km/h gefahren werden können.

Da keine Ergänzungen und Einwände erfolgen, gilt die Niederschrift der Sitzung vom 05.11.2013 als genehmigt.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Herr Wolny hat folgende Anfrage:

In der Dorfstraße 42 in Blankenfelde stellt eine Speditionsfirma seit einiger Zeit ihre Fahrzeuge auf einem Gewerbehof unter. Dazu gab es seit dem Sommer mehrere Anwohnerbeschwerden zu Lärmbelästigungen, z. B. Warmlaufen der LKW, Verladetätigkeiten usw.

Die Beschwerdeführer wandten sich an das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) in Wünsdorf. Eine Eingangsbestätigung erfolgte im Monat Juli 2013.

Herr Wolny erkundigte sich am 22.11.2013 beim LUGV nach dem Stand der Beurteilung. Dort erfuhr er, dass die Bearbeitung des Sachverhaltes noch nicht abgeschlossen sei. Seine Nachfrage wurde zum Anlass genommen, erneut bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde des LK TF den Stand der vorgenannten Prüfung zu erfragen.

Er fragt Herrn Jurtzik, Amtsleiter Untere Bauaufsichtsbehörde, ob eine Stellungnahme an das LUGV erteilt wurde.

Herr Habermann ergänzt, bei dem auf dem Gelände der ehemaligen Fa. Formac abgestellten Kühllaster laufen die Aggregate Tag und Nacht. Die Beschwerden zu den unerträglichen Lärmbelastungen beziehen sich nicht nur auf das An- und Abfahren der LKW, sondern auch auf das ständige Aufladung der Kühllaster. Ihm sei dieser Sachverhalt seit längerem bekannt. Er war der Meinung, das Thema sei bereits erledigt. Darüber hatte er auch mit Herrn Linzel vom Immissionsschutz in Wünsdorf gesprochen, der jedoch eine schriftliche Anfrage benötigte, um eine Bearbeitung in die Wege zu leiten. Dies erfolgte durch die Anwohner.

Herrn Jurtzik ist der konkrete Fall nicht bekannt, wird sich aber um einen aktuellen Stand bemühen und Herrn Wolny informieren.

Herr Heller erkundigt sich nach der B 101 – OU Thyrow. Ihm wurde bekannt, dass der Bund das Baugeld dazu zurückgestellt hat und erst für 2017 bereitgestellt werden soll. Seiner Meinung nach sei das viel zu spät. Sollte die Genehmigung der Planfeststellung in diesem Jahr erfolgen – wovon auszugehen ist – könnte mit der Ausführungsplanung begonnen werden, so dass man Ende 2015/Anfang 2016 mit dem Brückenbau beginnen könnte. Die Bereitstellung des Baugeldes im Jahr 2017 erscheint ihm sehr spät. Seine Frage ist, kann das beschleunigt werden?

Das ist **Herrn Gärtner** nicht bekannt. Dazu müsste er sich bei Herrn Niehoff vom MIL informieren. Er berichtet, anlässlich der Einweihung der B 101 gab es ein Gespräch mit Herrn Niehoff zum Thema Radweg zwischen Thyrow und Siethen. Hier ging es noch mal um den zwischenzeitlich gestellten Antrag für den Gesamtmaßnahme- und Fördermittelantrag, um den vom MIL gebeten wurden. Im folgenden Telefonat teilte Herr Niehoff mit, dass also noch in 2014, spätestens 2015 mit dem Brückenbauwerk begonnen wird. Eine Finanzierung muss demnach vorhanden sein.

Herr Heller: Die Information habe er vom Bürgermeister, Herrn Berger. Er habe gehört, das Geld würde nun erst 2017 bereitstehen.

Herr Gärtner informiert sich bei Herrn Niehoff und berichtet im nächsten Ausschuss darüber.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner schlägt den Abgeordneten vor, einen Jahresplan für den Ausschuss zu erstellen. Zum Einen können die Abgeordneten Themen benennen, die sie interessieren, andererseits kann auch die Verwaltung Vorschläge machen, um zu bestimmten Schwerpunktthemen zu berichten. So hätte die Verwaltung Gelegenheit, sich entsprechend

vorzubereiten, Referenten einzuladen etc. Ihn interessiert, ob das auf das Interesse der Abgeordneten stößt.

Aus seiner Sicht kämen folgende Themen in Frage:

1. die Bodenpreisentwicklung
Im Januar findet die nächste Bodenrichtwertberatung im Landkreis Teltow-Fläming statt, in der die Bodenrichtwerte festgesetzt werden.
2. Bericht der Verkehrsunfallkommission
3. die Fläming-Skate, wo demnächst der Kauf der Skate-Arena ansteht
Hier könnte auch ein Vor-Ort-Termin anberaumt werden.

Herr Habermann äußert sich positiv über den Vor-Ort-Termin der Fläming Skate, zumal sie das wichtigste Infrastrukturobjekt im Süden des Landkreises ist. Er bittet die Abgeordneten, Vorschläge zu weiteren Themen an Herrn Gärtner oder Frau Remus zu richten.

Herr Gärtner bittet Herrn Weiher, sich zur Situation der Asylbewerberheime zu äußern. In den vergangenen Monaten war ein großer Aufwand zu verzeichnen, was die Unterbringung von Asylbewerbern insgesamt im Land Brandenburg angeht. In der Grabenstraße in Luckenwalde wurde ein Objekt hergerichtet. In Ludwigsfelde war ein Übergangsheim wieder herzurichten, was vormals dafür bereits genutzt wurde. In dem Zusammenhang lobt er die guten Leistungen des Bauamtes, da ein immenser Druck dahinter stand.

Herr Weiher äußert, in diesem Fall sei das Bauamt wesentlich betroffen, weil eine der entscheidenden Voraussetzungen war, keine Fremdbetreiber ins Boot zu holen bzw. fremde Gebäude zu nutzen, da die Unterhaltung zu teuer wäre. Die Kapazität in der Grabenstraße in Luckenwalde wurde erweitert, von rund 45 Plätzen um weitere 37 Plätze durch den Ausbau eines anderen Gebäudes auf dem Grundstück. In Ludwigsfelde ist das Heim soweit wieder in Ordnung zu bringen, dass es Mitte Februar wieder in Nutzung gehen kann. Probleme gibt es hier im Bereich Metallbau durch die neu einzubauenden Brandschutztüren, wo Lieferschwierigkeiten bestehen. Mit der Feuerwehr wurde abgesprochen, möglicherweise bis zu 4 Wochen eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, so dass das Gebäude mit einer Kapazität von 120/130 Plätzen ab Mitte Februar nutzbar wäre. Das Asylbewerberheim in Jüterbog kann bis Mitte des Jahres seiner Nutzung übergeben werden, so dass die zugewiesenen Asylbewerber aufgenommen werden können.

Herr Habermann erkundigt sich nach der Übernahme von Kosten durch Land und Bund?

Dazu berichtet **Herr Weiher**, dass das Land die entsprechenden Kosten für die Herrichtung der Wohnheime zur Verfügung stellt. Allerdings reichen die entsprechenden Mittel für Jüterbog nicht aus. So wie in der Kreistagsvorlage benannt, muss der Landkreis in Jüterbog ca. 200 T€ selbst investieren.

Frau Wehlan äußert, dass in Bezug auf die Landeszuweisungen etwas Bewegung in die Sache kommt. Herr Weiher hat deutlich gemacht, dass die Zuweisungen des Landes Jüterbog betreffend, nicht auskömmlich sind, weil das Objekt über lange Jahre leer stand und Investitionsnotwendigkeiten bestanden. Die Landeszuweisung konzentriert sich auf 2.300 € pro Platz. Gegenwärtig wird versucht, über Kreise und Kommunen einen Herrichtungsstand zu sichern, der sich nach den neuen Belegungsgrundsätzen vollzieht. Maßstäbe für die Belegungsgrundsätze sind zwar noch in einer alten Richtlinie geregelt, aber der Landtag selbst hatte bereits in einem Beschluss einen neuen Anspruch formuliert. Wird dieser Anspruch an Standard gesichert, kann der Landkreis 2.700 € Landeszuschuss erhalten. Dazu erfolgt gegenwärtig eine Prüfung, ob diesem Anspruch genügt wird und es eine Chance zur Abmilderung des Einsatzes von eigenen Mitteln gibt.

Herr Gärtner informiert über eine Besprechung mit der Deutschen Bahn-AG im Bereich Blankenfelde-Mahlow – Dahlewitz, wo es um den Ausbau der Dresdner Bahn ging. Danach wird am 10. Februar 2014 in Dahlewitz mit der Bahnübergangs-Beseitigung begonnen. Die Inbetriebnahme ist lt. Information der Deutschen Bahn für Dezember 2016 geplant.

Frau Wehlan weist auf eine aktuelle Information hin. Erfreut konnte die Verwaltung zur Kenntnis nehmen, dass der Landkreis im Fokus-Mony-Ranking eine deutlich bessere Position bezieht, als noch im November mit dem PrognosZukunftsatlas vorausgesagt wurde. Solche Rankings sind aber immer Momentaufnahmen. Kriterien, die beim Zukunftsatlas und auch beim Fokus Mony zum Ansatz kommen, sind fast identisch. Wir haben Kriterien der demografischen Entwicklung also Einwohnerentwicklung, Kriterien des Arbeitsmarktes, Arbeitslosenquote, aber auch Wettbewerb und Innovation, was sich sehr deutlich mit der Industrieentwicklung und dem Bruttoinlandsprodukt vollzieht und mit dem Kriterium Wohlstand die soziale Lage und verfügbares Einkommen. Aktuell sind wir auf Platz 2 im Brandenburger Ranking und der Ostdeutschen Landkreise und auf Platz 158 im bundesweiten Ranking. Noch im November 2013 hatten wir aufgrund des PrognosZukunftsatlases, Platz 306, und die Schlagzeile „LDS startet durch - TF ist im Sinkflug“. Wir gehörten zu den Regionen, die Zukunftsrisiken darstellen. Das aktuelle Ergebnis sollte uns aber ermutigen, nicht loszulassen von den Entwicklungsnotwendigkeiten, die in den letzten Jahren in Zusammenarbeit unserer Ämter auf den Weg gebracht wurden. Wir haben im November 2013 darauf hingewiesen, dass 130 Mio. € Anträge bewegt wurden. Die Arbeit der Verwaltung macht die Investitionen deutlich, die mit der Arbeitskräfteentwicklung und der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Exportquote verbunden sind.

Froh stimmt, dass die Arbeitslosenquote erheblich nach unten bewegt werden konnte, nicht nur zum letzten Ranking über Fokus Mony, sondern auch zum Ranking vom PrognosZukunftsatlas. Unser Landkreis ist sogar erheblich besser als der Sieger Oberhavel. Wir haben aber im LK TF ein Nord-Süd-Gefälle, was sich im Arbeitsamtsbereich Zossen mit einem sehr guten Wert von 5,9 % darstellt. Insgesamt befinden wir uns bei 7,4/7,6 %. Besonders im Süden gibt es aber Probleme der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit und die Entwicklung dort muss positiv begleitet werden. Probleme, die über mittlerweile mehrere Generationen Hartz-4-Erfahrungen bestehen, müssen gelöst werden. Wir wollen alles daran setzen, dass sich der Landkreis weiter zum Positiven stabilisiert. Die Ranking-Liste macht auch das Spannungsfeld deutlich, dass wir auf der einen Seite ein wirtschaftlich starker Landkreis sind und auf der anderen Seite viele Probleme haben. Damit kommen wir zum Haushalt 2014 und das Abtragen des Fehlbetrages aus früheren Jahren. Insofern ist das Ergebnis gut einzuordnen, dass die positiven Entwicklungen viel Freude bescheren, uns aber nicht in die Situation bringen, uns auszuruhen.

TOP 9

Haushalt 2014

Herr Habermann dankt der Verwaltung für die sehr gute detaillierte Vorbereitung der Unterlagen. Er bittet die Amtsleiter um ihre Berichte.

Herr Neumann merkt einleitend an, dass das Thema Haushalt kein einfaches Thema sei. Im Folgenden verweist er auf 2 Punkte. Zum einen wurden unter dem Punkt Konsolidierungsmaßnahmen für 2013 auch alle Investitionsmaßnahmen aufgeführt, die bereits im Vorfeld der Haushaltsdiskussion zu Buche geschlagen haben. Diese haben aber keinen Eingang in den Haushalt gefunden, da die Ansätze in den letzten zwei Jahren auf 0 gesetzt wurden. Das entspricht einem Volumen von über 1,4 Mio. € an Einsparungsmaßnahmen. Für auszuführende Maßnahmen im Kreisentwicklungsamt gibt es im Regelfall immer Beschlüsse des Kreistages, des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung oder Aufträge aus der Dienstberatung des/r Landrates/Landrätin.

Wie in den Vorjahren, wurden den Abgeordneten Erläuterungen zu den jeweiligen Oberkonten übergeben. Herr Neumann macht auf die erforderlichen Korrekturen in den Erläuterungen zu den Konten aufmerksam. Die Kämmerei hat in der Kürze der Zeit die Änderungen nicht einarbeiten können. Zum Beispiel haben sich zwischenzeitlich die Randbedingungen für die Baumaßnahme Radweg Thyrow – Siethen (L 795) geändert. Zunächst sollte nur die Brückenerweiterung sichergestellt werden, mittlerweile wurde die Gesamtmaßnahme (Brückenerweiterung und Radweg) aufgenommen, weil nur die Gesamtmaßnahme gefördert werden würde. Herr Neumann hofft, dass die Unterlagen nachvollziehbar sind. Aus seiner Sicht wurde alles detailliert aufgegliedert. Anschließend erkundigt er sich, ob es zu den einzelnen Positionen Fragen gibt.

Auf die Nachfrage von **Herrn Habermann**, ob es noch weitere Einsparmöglichkeiten gibt, erläutert **Herr Neumann**, dass dann die Politik entscheiden müsse, auf welche Maßnahmen noch verzichtet werden soll. Im Sinne der Durchführung von Maßnahmen gibt es aber Grenzen. In Zusammenarbeit mit der Kämmerei wurde bereits eine Grenze erreicht, wo man sagen muss, das Kreisentwicklungsamt ist in der Form sonst nicht mehr arbeitsfähig.

Herr Lindner ergänzt, dass bereits im Vorfeld der Haushaltsdiskussion darüber diskutiert wurde, wo noch Einsparungen möglich sind. Seiner Meinung nach ist die Grenze erreicht.

Herr Neumann bestätigt das. Selbst bei normalen Aufwendungen für die Verwaltungsarbeit (Aus- und Fortbildung, Büromaterial, Ausstattung usw.) wurden Einschnitte vorgenommen. Dabei wissen wir nicht, ob wir mit diesen geringen Mitteln im Haushaltsjahr 2014 zurechtkommen werden.

Da es seitens der Abgeordneten keine weiteren Fragen gibt, bittet **Herr Habermann** Frau Thätner um ihren Bericht.

Frau Thätner bezieht sich auf die Zuarbeit des Kataster- und Vermessungsamtes (A 62), die alle Abgeordneten erhalten haben und weist besonders auf das Deckblatt mit der Überschrift „Übertragene Landesaufgaben“ hin. Sie legt dar, dass das A 62 ein Amt ist, welches lt. Gemeindefinanzierungsgesetz vom Land finanziert wird, was sich auch im Haushaltsplan 2014 widerspiegelt. Die Landesfinanzierung ist bis zum Jahre 2018 gesichert. Das A 62 leistet nur rein übertragene Aufgaben und keine freiwilligen Leistungen. Im Haushaltsansatz für 2014 stellt das Land 1,54 Mio. € zur Verfügung, plus Gebühreneinnahmen in Höhe von 454 T€ für Auskünfte/Leistungen, die gegenüber den Kunden zu erbringen sind sowie 31.500€ Gebühreneinnahmen für verkaufte digitale Daten. Frau Thätner verdeutlicht, dass die Gebühreneinnahmen und Landeszuweisung für die Arbeit und anfallenden Kosten (Personalkosten, Kosten für Technik, Fahrzeuge usw.), die übers Jahr getan wird, ausreichen würde, wenn nicht die interne Leistungsverrechnung wiederum zuschlagen würde. Die Betriebskosten für die Büros, die Miete der Verwaltung im Kreishaus schlägt in diesem Jahr mit 174.800 € zu Buche. Dadurch entsteht dieser gewaltige Minusbetrag im Haushaltsansatz. Frau Thätner erläutert, dass dies von der Landeszuweisung nicht ausfinanziert und nicht aufgefangen wird. Das habe vor 10 Jahren locker geklappt, wo durch gewaltige Gebühreneinnahmen und Überschüsse solche Minusbeträge von 162 T€ wie in diesem Jahr überhaupt nicht aufgefallen wären. Leider ist die Gebührenentwicklung rückläufig. Diese Daten, die dieses Kataster mittlerweile nur noch digital erzeugt, sind – was positiv zu sehen ist – billiger geworden. Die Gebührenansätze verbilligten sich gegenüber den Kunden entschieden, was richtig und gewollt ist, wird aber von der Landeszuweisung nicht mehr aufgefangen.

Herr Wolny fragt nach, ob eine Anpassung durch das Land für die Folgejahre angedacht ist und ob die Möglichkeit besteht, doch noch Einnahmen zu erzielen, um den Teil des Haushaltes auszugleichen.

Frau Thätner ist sich sicher, dass es bis 2018 keine Anpassung an Landeszuweisungen geben wird, das ist festgeschrieben. Aber es wird gegengesteuert, hier müssen sich alle Katasterämter stark machen und Nachbesserungen und Ausfinanzierungen fordern. Frau Thätner versichert weiter, dass ständig nach Möglichkeiten gesucht wird, mehr Gebühren einzunehmen. Im Landkreis arbeiten 10 öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (ÖbVI); insgesamt in Brandenburg sind das über 150 ÖbVI. Das gibt ein heißes Ranking über die Vermessungsaufträge, die nicht mehr so zahlreich wie noch vor Jahren sind. Auch sind wir angehalten, nicht dem freien Beruf die Aufträge wegzunehmen. In Absprache mit dem Bauamt gibt es Überlegungen, für kreiseigene Immobilien Vermessungen auszuführen. Aber auch das muss fiktiv gegenfinanziert werden. Frau Thätner führt weiter aus, dass die Kunden gepflegt und die grafischen Informationssysteme mehr propagiert werden. Die erzeugten digitalen Daten wie Liegenschaftskarte und Eigentüternachweise sowie Adresslisten sind gut zu verkaufen, wenn Kunden da sind. Daran muss weiter gearbeitet werden.

Da keine weiteren Fragen erfolgen, bittet **Herr Habermann** Herrn Jurtzik um seinen Bericht.

Herr Jurtzik berichtet, dass das letzte Jahr sehr unproblematisch war. Gelungen sei ihm, eine Summe für Aus- und Fortbildungen in den Haushalt zu bekommen, wofür er über 10 Jahre gekämpft habe. Das war nur durch Einnahmenerhöhung möglich. 50 T€ konnten dafür eingeplant werden. Die Einnahmen des letzten Jahres waren höher als die Planung des letzten Jahres.

Zu den Personalkosten weist er darauf hin, dass in den letzten Jahren mindestens 7 Mitarbeiter aus dem Dienst ausgeschieden sind, teilweise aus dem höheren bzw. aus dem gehobenen Dienst. Hier erfolgte eine Einsparung um 500 T€, dann wieder eine Erhöhung, die zu erwartenden Lohnsteigerungen/Gehaltsanpassungen sind bereits eingerechnet. Das Defizit im Gesamtplan begründet Herr Jurtzik mit der internen Leistungsverrechnung. Was aber letztlich bedeutsamer ist, ist die Tatsache, dass die Bauaufsichtsbehörden des Landes allgemein unterfinanziert sind, wie die Untersuchung des Innenministeriums vor einigen Jahren auswies. Im Ergebnis waren knapp unter 50 % ausfinanziert. Die ursprüngliche Herangehensweise lässt sich nicht mehr nachzuvollziehen. Vermutlich sollte die Bauaufsicht sich durch die Gebühreneinnahmen finanzieren. Die Gebühreneinnahmen sind überall im Land Brandenburg rückläufig. Das führt gegenwärtig zu erheblichen Diskussionen mit der Fachaufsicht im Zusammenhang mit einer neuen Bauordnung, einer Novelle, die jetzt auf den Weg gebracht werden sollte. Da haben wir im Landkreistag einen erheblichen Fuß in die Tür gestellt und auf das Konnexitätsprinzip hingewiesen, wonach die Aufgaben wirklich ausfinanziert werden müssen. Diese Unterdeckung die jetzt besteht, kann so nicht bleiben.

Herr Habermann bittet Herrn Weiher um seine Erläuterungen.

Herr Weiher erinnert an seine persönliche Kritik zum Haushalt 2012 und versichert, dass sich die Herangehensweise seit dem geändert hat. Die Ämter werden nun gehört, die Bedarfe aufgenommen, es wird gestritten und gefeilscht. Das schafft Vertrauen, planmäßige Arbeit und auch wieder Lust auf Arbeit.

Herr Weiher verweist zunächst auf Dinge, die nicht im Haushalt stehen. Er erwähnt das Ackerbürgerhaus, was äußerlich in einem sehr guten Zustand ist und alle begeistert. Er schlägt vor bei der nächsten Sitzung mal reinzugehen. Innen ist nämlich gar nichts. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass man mit der Schaffung neuer Strukturen im Hause auch eine vernünftige Nutzung der eigenen Gebäude vornehmen kann. Dieses Gebäude gehört mit dazu und er wird versuchen, die 150 T€ wieder einzubringen. Als weiteres Beispiel erwähnt er die Kreisstraße K 7212 von Gölsdorf nach Morxdorf. Seit ca. 2007 möchte man diese Straße grundhaft ausbauen, da sie auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming in einem sehr schlechten Zustand ist. Durch die Streichung in den Vorjahren ist bedauerlich, dass man im letzten Jahr noch 75 % (1 Mio. €) Förderung bekommen hätte; ab diesem Jahr

sind es nur noch 50 %. Zuletzt verdeutlicht Herr Weiher die Situation in Glashütte. Dort gibt es ein Gebäude, was durchaus als einsturzgefährdet anzusehen ist. Auch hier wurde gestrichen. Herr Weiher verweist auf die von ihm zu Beginn der Sitzung ausgeteilten Unterlagen. Den Abgeordneten wurde eine Liste der 5 Produkte übergeben. Auf dieser Liste sind die Verbräuche der Jahre 2011 und 2012 dargestellt. Herr Weiher bietet an, die Produkte im Einzelnen zu erläutern.

Dem stimmt **Herr Habermann** zu.

Im Anschluss erläutert **Herr Weiher** ausführlich die Produkte 111180 Hochbau und 111190 Liegenschaften. Zum Produkt 111190 berichtet er über die Streichung der Anschaffungskosten für das Computerprogramm Gebäudemanagement, da man die zu erwartende neue Struktur im Hause abwarten möchte. Ein hoher Ertrag ist geplant durch den Verkauf von Grundstücken. Insbesondere erwähnt er den Verkauf der Bahnhofstr. 6 in Großbeeren mit 123 T€, den Verkauf des Parkplatzes Jüterbog und des Grundstückes in Friederikenhof. Besonders erfreulich wäre, wenn der Antrag des Kaufes des Grundstückes in Saalow (das nicht mehr genutzte Altersheim) zustande kommen würde. Nicht nur weil dann 325 T€ eingenommen werden, sondern weil dieses Grundstück einer vernünftigen Nutzung zugeführt wird. Das Konzept eines privaten Betreibers wird auch von der Gemeinde umfänglich unterstützt. Bei den Investitionen im Produkt 111190 Liegenschaften handelt es sich in erster Linie um den Grundstückserwerb für Kreisstraßen, die an die Gemeinden übergeben werden sollen, und für die Fläming-Skate.

Herr Lindner erkundigt sich nach dem Grundstückserwerb der Fläming-Skate.

Herr Weiher berichtet, dass hier noch bei ca. 50 Eigentümern Klärungsbedarf besteht. Die restlichen Problemfälle hofft er in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen.

Zum Produkt 252020 Museumsdorf Glashütte berichtet Herr Weiher über 60 T€ für die Unterhaltung der Bauten. Investitionen sind in diesem Jahr nicht geplant.

Zum Produkt 542010 Straßenwesen verdeutlicht Herr Weiher den Abgeordneten, dass durch die Kürzungen in den Jahren 2012 und 2013 nun dringend der Ansatz auf 2,5 Mio. € angehoben werden musste. Geplant ist hier die Instandsetzung Fläming-Skate, RK 1 Neuholz – Kolzenburg. Hier reicht es nicht mehr aus, nur mal 10 oder 200 m instandzusetzen, sondern den gesamten Streckenabschnitt.

Im Weiteren verweist er auf Instandsetzungsmittel für die B 101 - Abstufung in Höhe von 450 T€. Mit dem Landesbetrieb Straßenwesen ist man sich derzeit noch uneinig, was die Höhe der Mittel betrifft. Da der Landesbetrieb Straßenwesen nur 300 T€ zahlen will, wurde der Vertrag zur Übernahme bisher nicht unterschrieben. Aufgrund eines Gutachtens erwartet der Landkreis hier insgesamt 800 T€.

Des Weiteren fallen Kosten an für die Mahd an der Fläming-Skate und der Kreisstraßen sowie für noch zu leistende Baumersatzpflanzungen (70 T€).

Herr Habermann erinnert sich, dass es hierfür doch einen Fonds gibt. Für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen fehlen oftmals die geeigneten Flächen. Diesen Fonds könnte man für die Kreisstraßen nutzen, so dass der Landkreis mit 70 T€ entlastet wäre.

Herr Weiher stellt klar, dass Ersatzpflanzungen zu seinem Aufgabenbereich gehören. Bei den Allees müssen Bäume auf Grund von Alter und Zustand entnommen und infolge Ersatzpflanzungen vorgenommen werden. Bisher erfolgte das nicht, was an einigen Straßen sichtbar ist.

Außerdem würde man mit dem Umweltamt in Konflikt geraten, weil das eine Leistung ist, zu der wir als Landkreis verpflichtet sind. Das Umweltamt kontrolliert, dass solche Leistungen

nicht verloren gehen. Er betont, mit den vorgeschlagenen Mitteln wird sehr verantwortungsbewusst umgegangen, auch wird immer versucht, Einsparungen vorzunehmen.

Herr Habermann äußert sein Unverständnis. Es geht darum, die eingegangenen Straßenbäume zu ersetzen.

Herr Weiher betont nochmals, dass der Straßenbaulastträger diese Bäume aus eigenen Mitteln zu ersetzen hat und nicht aus Mitteln irgendeines Fonds, da würde das Umweltamt nicht mitspielen.

Auf die Nachfrage von **Herr Habermann** gibt es keine weiteren Fragen an Herrn Weiher.

Im Anschluss spricht **Frau Wehlan** den Amtsleitern sowie den anwesenden Mitarbeiterinnen der Kämmerei ihren Dank aus und betont, dass die Haushaltsdiskussion für alle Beteiligten kein einfacher Prozess ist. Die Krankheit der Kämmerin stellt im Zuge der Haushaltsdiskussion zudem einen unerträglichen Zustand dar.

Des Weiteren informiert Sie über eine Vorlage, die in der morgigen Sitzung der Verwaltungsleitung beraten wird. Dem HFA wird vorgeschlagen, das Ankaufsrecht gemäß § 2 des Ankaufsrechtsvertrages vom 19.3.1998 auszuüben und das Erbbaurecht und seine wesentlichen Bestandteile, also das Kreishaus nach Ablauf des 15. Mietjahres von der Renata-Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH und Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG zu erwerben. Daraus ergeben sich auch Aufgabenstellungen für sie als Landrätin. Eine solche Entscheidung wird aber nur möglich, wenn das Innenministerium das Haushaltssicherungskonzept anerkennt und unterstützt. Die über Jahre erhaltenen Signale waren 2012 mit sehr konkreten Auflagen verbunden. Als positiv bezeichnet Frau Wehlan die Schaffung einer AG Bürgermeister, um die Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Nacharbeitungsbedarf gibt es bei verschiedenen Fragestellungen aus den AG's, die an die Verwaltungsleitung und die Kämmerei herangetragen wurde. In der letzten Verwaltungssitzung verständigte man sich, dem HFA eine Informationsvorlage vorzulegen, wo alle Fragen aus den AG-Beratungen in Beantwortung gebracht werden. Auch der Personalbereich wurde angesprochen. Fragen gibt es zum Haushaltsplan und zum Haushaltssicherungskonzept aus der Lesung der Dokumente, was aber auch damit zu tun hat, dass der Haushaltsplan erstellt war, als das Haushaltssicherungskonzept nochmal grundlegend in der Gliederung, der Struktur und der Abarbeitung verändert wurde. Vermitteln möchte sie, dass die Haushaltsdiskussion unter erschwerten Bedingungen sehr ernst genommen wird. Was das Thema Kreishaus betrifft, habe sie sich im Zuge der Amtshilfe bei der Bürgermeisterin der Kreisstadt Luckenwalde deren Kämmerin ins Haus geholt, da hier Fachkompetenz gefordert ist. An dieser Stelle lobt Frau Wehlan das Engagement der Mitarbeiterinnen der Kämmerei, speziell der Sachgebietsleiterin Frau Wache, die diesen Prozess in Anbetracht der sehr komplizierten Situation gut meistert. Gemessen wird der Landkreis an den Auflagen des Innenministeriums. Eine ist die Personalgeschichte, speziell der Umgang mit dem PWC-Gutachten. Wichtig ist ihr, die Verwaltung immer auf der Höhe der Zeit zu halten, mit allen Dingen, die notwendig zu beachten sind. Außerdem ist bis zum Ende des Jahres 2014 ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten, gemeinsam mit den Ämtern, Dezernaten und dem Personalrat. Das sind alles keine leichten Debatten und auch nicht wenig Arbeit, noch dazu wenn man bedenkt, dass man die größte Sicherheit in Zahlen hat, wenn man über die Jahresabschlüsse Bescheid weiß. 2014 sollen die Abschlüsse von 2010 und 2011 auf den Weg gebracht werden und 2015 die Jahresabschlüsse 2012 und 2013. Es war keine leichte Entscheidung die Haushaltsdokumente zum Doppelhaushalt 2013/2014 nicht einzubringen, insbesondere im Bezug auf den Konsolidierungsbedarf bzw. ausgemachten Konsolidierungswillen des Haushaltssicherungskonzeptes, der im politischen Raum auch deutliche Unterstützung fand. In der Verwaltungsleitung wurde diskutiert, dass all das, was sich mit der Verwaltungsstrukturveränderung vollzieht, auch mit dem politischen

Raum diskutiert werden muss. Sie kennt die aktuelle Formulierung in der Hauptsatzung in Bezug auf Beigeordnete, damit verbunden auch auf die Leitung der Dezernate. Diese Fragen entscheidet die Verwaltung nicht allein, stehen aber in der Verantwortung aus der Entwicklung der Aufgaben, die gesetzt sind mit Demographie, Aufgabenerfüllung, moderner Dienstleistung etc. Diese Verantwortung möchte man gern wahrnehmen und das in großer Offenheit und Transparenz gegenüber und unter Einbeziehung der Mitarbeiter, der Amtsleiter, des Personalrates. Keiner wird dümmer durch Diskussionen, die man zu konkreten Sach- und Fachproblemen führt, im Gegenteil, die Debatte mit den Bürgermeisterinnen ist eine sehr herzerfrischende und überaus sachliche Debatte. Zum Abschluss betont Frau Wehlan die Wichtigkeit, dass man über Haushaltsdokumente verfügt, die einem Höchstmaß an Klarheit und Wahrheit entsprechen.

Herr Habermann dankt Frau Wehlan für das Schlusswort, mit dem die vielen Probleme noch mal dargestellt wurden. Er dankt auch den Amtsleitern für die gute Vorbereitung und erkundigt sich nach weiteren wichtigen Hinweisen.

Herr Wolny fand die Diskussion sehr interessant und erklärt, dass die gegenwärtige Nichtbesetzung der Stelle der Kämmerin eine große Belastung darstellt. Hier muss schnellstens eine Lösung gefunden werden. Auch bedankt er sich bei Herrn Weiher für die fachlichen Erfahrungen. Seiner Meinung nach sind die Haushaltsansätze durchaus konkret und können glaubhaft übernommen werden.

Herr Habermann bedankt sich für die angeregte Diskussion und konstruktive Mitwirkung, schließt die Sitzung und wünscht einen guten Heimweg.

Luckenwalde, 14.02.2014

.....
Habermann
Vorsitzender

.....
Remus
Schriftführerin

Luckenwalde, 14.02.2014